

Presseinformation 75-18

Eigentumspakt schwächt Naturschutz LBV kritisiert Vorgehen der Staatsregierung

Hilpoltstein, 05.09.18 - Der LBV kritisiert den „Pakt zum land- und forstwirtschaftlichen Eigentum“, der gestern von der Bayerischen Staatsregierung sowie land- und forstwirtschaftlichen Interessensvertretern unterzeichnet wurde. Der Naturschutz wird mit diesem Pakt massiv geschwächt. „In den letzten Jahren hat sich bereits zu genüge gezeigt, dass der Grundsatz ‚Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht‘ zwar erstrebenswert, in vielen Fällen aber zum Scheitern verurteilt ist“, meint der LBV-Vorsitzende Dr. Norbert Schäffer. „Das Beharren der Staatsregierung auf diesem Grundsatz macht die Bemühungen beim Arten-, Flächen- wie auch Gewässerschutz ergebnislos. Wir verlieren nach wie vor jeden Tag ein Stück Natur.“ Auch die Ablehnung von großflächigem Nutzungsverzicht in Wäldern wird vom LBV als nicht zielführend eingestuft.

Der Pakt trägt klar die Handschrift der unterzeichnenden Verbände, teilweise wurden Passagen aus den Wahlforderungen des Bauernverbandes wortwörtlich übernommen. „Die Staatsregierung lässt sich den Pakt von Lobbyisten diktieren und betreibt Klientelpolitik“, kritisiert der LBV-Vorsitzende Schäffer. „So werden Einzelinteressen gestärkt, ohne auf das Wohl der Allgemeinheit und die Belange der Umwelt Rücksicht zu nehmen.“

Ein weiterer Rückschlag für den Naturschutz ist die geplante Aufweichung der Bayerischen Kompensationsverordnung. „Die dauerhafte Ausweisung von Ausgleichsflächen soll zugunsten der Landwirtschaft wegfallen – ohne der eigentlichen Ursache, den auszugleichenden Eingriffen und dem unvermindert hohen Flächenverbrauch, etwas entgegenzusetzen“, meint Schäffer. Produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen, sogenannte PIKs, sind in der Praxis nur schwer umsetzbar und erfüllen nicht die Funktionen von dauerhaften Strukturen wie Hecken, Feldrändern oder Gewässerrandstreifen. „Für den Erhalt der Biologischen Vielfalt sind neben Maßnahmen auf bewirtschafteten Flächen auch nutzungsfreie Flächen erforderlich“, so der Vorsitzende weiter. Auch der Versuch, bei Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende und beim Hochwasserschutz zukünftig die Ausgleichserfordernisse zu streichen, wird vom LBV strikt abgelehnt.

Insgesamt ist der Pakt nicht geeignet, die gesellschaftlichen Anforderungen an eine zukunftsorientierte Land- und Forstwirtschaft zu lösen.

Ihr Ansprechpartner für weitere Informationen:

Kathrin Struller, pers. Referentin des Vorsitzenden, kathrin.struller@lbv.de, Tel.: 09174/4775-7030.